



Armut im Kanton Bern

Begegnungen mit Betroffenen





Armut im Kanton Bern

Begegnungen mit Betroffenen

Vorwort

von Philippe Perrenoud, Gesundheits- und Fürsorgedirektor des Kantons Bern

Bern, Oktober 2013



Diese Broschüre erscheint zum 3. Sozialgipfel des Kantons Bern am 17. Oktober 2013 – dem Internationalen Tag zur Beseitigung der Armut. Auch im Kanton Bern gibt es Armut. Das belegen die Fakten und Zahlen in den drei Sozialberichten, die wir in den letzten fünf Jahren veröffentlicht haben. Der neuste Bericht von 2012 zeigt, dass 12 Prozent aller Haushalte mit Personen im Erwerbsalter arm oder armutsgefährdet sind. In diesen insgesamt 40000 Haushalten leben über 75000 Personen.

Aber nur mit Zahlen erfassen wir die Armut im Kanton Bern nicht, denn hinter diesen Zahlen stehen Menschen: Menschen mit Problemen, mit Existenzängsten und auch mit Wünschen und Hoffnungen. Um diesen Menschen eine Stimme zu geben, haben wir für die ersten beiden

Sozialberichte von 2008 und 2010 jeweils zwei Bände verfasst: Während der erste Band schwergewichtig Zahlen, Fakten und Analysen enthielt, gab der zweite Band mit Ausschnitten aus Interviews einen Einblick in die Lebensgeschichten und -perspektiven armutsbetroffener Menschen. Es gibt viele gute Gründe, Armut zu bekämpfen, die Zeugnisse von Betroffenen gehören für mich zu den besten. Für mich war daher klar: Diese Broschüre zum Sozialgipfel 2013 soll Begegnungen mit Betroffenen ermöglichen. Sechs Porträts geben Einblicke in die Lebensrealitäten von armutsbetroffenen Personen: Immer wieder umziehen, weil die Wohnung zu teuer wird, Freunde nur selten besuchen, weil das Bahnbillett zu viel kostet, sich nur hie und da den Luxus leisten, einen Schokoladenkuchen zu backen – so sieht Armut im Kanton Bern im Einzelfall aus.

Was wir aus diesen Porträts erfahren, steht im Kontrast zu den Bildern von «Sozialschmarotzern» wie sie von einem Teil der Medien vermittelt und von gewissen politischen Kreisen aufgenommen werden. Alle porträtierten Personen meistern tagtäglich, unter grossem Einsatz ihrer Fähigkeiten und Talente, ihre schwierige Situation und bemühen sich intensiv um berufliche und soziale Integration: sie schreiben zahlreiche Bewerbungen, bilden sich weiter, lernen Deutsch, leisten ehrenamtliche Arbeit. Sie sind dankbar, dass sie hier in der Schweiz als Armutsbetroffene in Sicherheit ein bescheidenes Leben führen können. Doch sie leiden unter den Einschränkungen, der Ausgrenzung, dem Mangel an Chancen. Und sie leiden auch unter dem «Missbrauch des Missbrauchs»: einem politischen Stil, der einzelne Missbrauchsfälle ausschachtet und als Regelfall darstellt, womit er Armutsbetroffene einem Generalverdacht aussetzt. Die Vorurteile kränken die Armutsbetroffenen, sie haben es satt, als «Sozialschmarotzer» hingestellt zu werden.

Wir müssen uns bewusst sein: Wenn auf dem Rücken der Ärmsten gespart wird, wie das der Grosse Rat des Kantons Bern mit der Überweisung einer Motion in der Septembersession 2013 beschlossen hat, trifft das auch die hier porträtierten Personen, und es werden die Armen bekämpft, nicht die Armut. Diese Menschen stehen für die weit überwiegende Mehrheit der Armutsbetroffenen, deren Leistungsbezug keinen Missbrauch darstellt.

Im August 2013 habe ich die Porträtierten zusammen mit Grossrätinnen der Regierungsparteien zu einem Gespräch eingeladen. Die Betroffenen erzählten von ihren Nöten, ihren Bemühungen und Enttäuschungen, wie sie die Hürden in ihrem von finanziellen und gesellschaftlichen Einschränkungen geprägten Alltag bewältigen. Die Politikerinnen hörten zu, stellten Fragen und drückten ihren Respekt und ihre Betroffenheit aus. Der Bericht am Ende der Broschüre dokumentiert dieses Treffen.

Armutsbekämpfung stellt uns Politikerinnen und Politiker vor sehr schwierige Herausforderungen. Wir dürfen Armut nicht erst dann bekämpfen, wenn sie bereits besteht. Vielmehr muss unser Ziel sein, dass Armutssituationen und mit ihnen verbundenes menschliches Leid gar nicht erst entstehen. Eine präventive Armutspolitik ist eine langfristige gemeinsame Aufgabe über Parteigrenzen und Politikbereiche hinweg, der wir uns stellen müssen. Ich hoffe, dass Begegnungen mit Betroffenen, wie etwa das Treffen mit Politikerinnen, dazu beitragen, uns immer wieder zu dieser schwierigen Aufgabe zu motivieren.

2008 habe ich das Ziel formuliert, die Armut im Kanton Bern innert zehn Jahren zu halbieren. Bei Halbzeit halte ich daran fest, denn ich bin überzeugt, dass es gerade in Zeiten schwacher Finanzen eine entschiedene und nachhaltige Existenzsicherungspolitik braucht, mit der wir unser Engagement für den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft bekräftigen.

«Arbeitslosigkeit wird hier bloss verwaltet, statt dass man sie bekämpft»

**Attila Diamand, 52-jährig, war ein Weltenbummler, der scheiterte – und nun hadert:
«Schweizer, über fünfzig – da wird nichts mehr investiert. Da hilft nur noch die Sozialhilfe.»**

Er tritt selbstbewusst auf, nimmt kein Blatt vor den Mund, übt Kritik am Sozialstaat Schweiz, findet den Umgang der Behörden und der Bevölkerung mit Armutsbetroffenen «schäbig». Er fühlt sich unverstanden. Und er ist fordernd. Denn immerhin: Er verfüge über eine reiche Lebenserfahrung, habe jahrelang im Ausland gelebt, rede neun Sprachen – Schweizerdeutsch und Ungarisch, Deutsch, Englisch, Französisch, Italienisch, Spanisch, Niederländisch und Papiamentu, die Sprache der Niederländischen Antillen. Da könne es doch «einfach nicht sein», sagt er, «dass man einen wie mich nicht mehr brauchen kann.» In den letzten beiden Jahren habe er weit über 200 Bewerbungen geschrieben. «Ohne Erfolg.»

Attila Diamand wurde 1961 in Bern geboren – als Sohn einer 1956 aus Ungarn in die Schweiz geflüchteten gebürtigen Polin und eines jüdischen KZ-Überlebenden, der nach dem Krieg in der Schweiz Aufnahme gefunden hatte. Er sei streng katholisch erzogen worden, erzählt er, habe in Bern die Primar- und Sekundarschule absolviert und das Gymnasium besucht. Doch bald habe er festgestellt, dass er «im praktischen Leben stehen» müsse: «Deshalb machte ich an der Feusi-Schule statt

der Matura das Handelsdiplom.» Gleich nach der Prüfung sei er abgereist: In einen Kibbuz nach Israel, wo er Englisch gelernt und eine Taucherausbildung absolviert habe. Später habe er sich unter anderem als Chauffeur, als Kellner, als Mietwagen-Flottenverantwortlicher, als TV-Produktionsassistent bei der BBC in London und als Angestellter auf der Finanzverwaltung Köniz durchgeschlagen. Und nach einer entsprechenden Ausbildung sei er, zwischen 1990 und 1997, Sporttauchlehrer gewesen – in Bonaire, auf den niederländischen Antillen, in Jamaica, Venezuela und auf den Malediven. In Nigeria sei er zum Berufstaucher ausgebildet worden. Und schliesslich habe er es in Bonaire bis zum Direktor des «Club Nautico» gebracht.

«Dass einer wie ich, der doch einiges zu bieten hat, zum Ghüder gehören soll? Das begreife ich nicht. Oft höre ich, ich sei überqualifiziert. Ich habe es satt, als Sozial-schmarotzer zu gelten.»

Zuvor habe er aber jahrelang darunter gelitten, dass die Berner Behörden sein Einbürgerungsgesuch «verschlampt» hätten. Er sei zwar in der Schweiz geboren worden, doch erst mit dreissig habe man ihn eingebürgert. Zehn Jahre habe das Prozedere gedauert, was seine Berufskarriere «zerstört» habe. «1990 hatte ich endlich den Schweizer Pass und verliess, subito, den goldenen Käfig» – Richtung Karibik. Sieben Jahre später sei er in die Schweiz zurückgekehrt, weil sich der Gesundheitszustand seines Vaters verschlechtert habe. Nach dessen Tod sei das gesamte Familienerbe «von der Bank geschluckt» worden. Auf das erhebliche Vermögen seines Vaters, der sehr sparsam gelebt habe, habe er keinen Zugriff: «Ein namenloses Konto auf einer Schweizer Bank. Da liegt also vielleicht eine Million Franken und ich muss nun von Schweizer Steuergeldern leben. Das darf doch nicht sein. Spinnen wir eigentlich?»

Nach dem Tod seines Vaters gründete Diamand eine Consultingfirma, für die er in Budapest seine Fach- und Sprachkenntnisse und sein «westliches Wissen» einsetzte, um für ungarische Firmen Kundenkontakte in EU-Ländern und in der Schweiz zu knüpfen. Doch dabei habe er «alles verloren». Etliche Geschäftspartner hätten ihn betrogen, ihn nicht oder nur unzureichend bezahlt. Und später habe ihn die Familie seiner ungarischen Freundin «total ausgenommen». Auch seine beiden Hunde, die er sehr vermisse, hätten sie ihm weggenommen. Und all seine Zeugnisse und Diplome seien weg: «Bei einem Hochwasser ist alles von den Fluten weggespült worden.» So sei er «nach vierzehn Jahren Ungarn» 2011 völlig mittellos in die Schweiz zurückgekehrt.

Diese Rückkehr sei «eine Reise ins Nichts» gewesen, in seiner Heimat habe er «einen Faustschlag nach dem andern» einstecken müssen. Diamand ist arbeitslos, lebt von der Sozialhilfe: «Mit 1997 Franken pro Monat, plus Krankenkassenprämie – davon gehen 920 Franken für die Wohnung weg. In den vergangenen vier Monaten habe ich aber bei den Könizer Bibliotheken gearbeitet, was insgesamt 2290 Franken einbrachte.»

Vor der Arbeit habe er sich nie gedrückt, betont er. Doch niemand sei noch an ihm interessiert. Das erzürnt ihn: «Dass einer wie ich, der doch einiges zu bieten hat, zum Ghüder gehören soll? Das begreife ich nicht. Oft höre ich, ich sei überqualifiziert.» Nach seiner ersten Arbeitslosigkeit 1970 habe das RAV ihm noch Arbeit vermittelt, heute tue es in dieser Hinsicht nichts: «Arbeitslosigkeit und Armut werden hier bloss noch verwaltet, statt dass man sie bekämpft.» In der Schweiz würden alle anderen Aussenseiter und Randfiguren unterstützt und gefördert, «auch die Ausländer», kritisiert Diamand. Doch ihn lasse man im Stich: «Schweizer, über fünfzig – da wird nichts mehr investiert. Da hilft nur noch die Sozialhilfe. Diese sorgt dafür, dass ich eine Unterkunft und etwas zu essen habe. Mehr nicht. Eine Weiterbildung, die mir vielleicht zu einem Job verhelfen könnte, finanziert sie mir nicht.» Er habe es inzwischen satt, «als Sozialschmarotzer zu gelten», denn er sei «doch ein fähiger Mensch», der arbeiten möchte. Nun müsse er aber dankbar sein, «nicht gerade betteln zu müssen». Wie er «als Schweizer in der Schweiz» behandelt werde, sei «würdelos», doch: «Armut ist keine Schande. Habgier aber ist eine Todsünde.»



«Ich fürchte, dass das Sozialamt meine Fähigkeiten und Wünsche nicht ernst nimmt»

Thomas Näf, 52-jährig, wurde zweimal arbeitslos, nun ist er eigentlich voll beschäftigt. Das Problem ist nur, dass er damit fast nichts verdient. Der Sozialhilfe steht er kritisch gegenüber.

An Arbeit fehlt es ihm nicht, als Leiter des Internetcafés Power-Point ist er voll engagiert, nur: Damit verdient Thomas Näf fast nichts. «Power-Point» ist ein Gratis-Angebot für Arbeitslose und Armutsbetroffene, das er 2011 initiiert hat und seither führt. Mit sechzehn Computerarbeitsplätzen funktioniert dieses Projekt des Vereins KABBA (Komitee der Arbeitslosen und Armutsbetroffenen) nur, weil Näf es mit Enthusiasmus, Idealismus und Ausdauer über die Runden bringt. Letztes Jahr verdiente er damit 700 Franken pro Monat. Dieses Jahr seien immerhin die Betriebskosten gedeckt, Lohn habe er sich aber noch keinen auszahlen können: «Ich lebe vom Einkommen meiner Partnerin. Es wäre aber toll, wenn die Finanzierung langfristig sichergestellt werden könnte. Denn das, was wir hier tun, ist notwendig, günstig und wirkungsvoll.»

Die Arbeitsplätze im Untergeschoss der Monbijoustrasse 16 (www.kabba.ch) sind tatsächlich meist besetzt. «Pro Tag kommen zwischen dreissig und fünfzig Personen, um Bewerbungen zu schreiben, Wohnungen zu suchen oder das Internet allgemein zu nutzen», sagt er, «wir unterstützen sie im Umgang mit dem PC». Die Idee zur Gründung eines Gratis-Internetcafés kam ihm, als sein Computer kaputt ging und er sich keinen neuen PC leisten konnte.



Thomas Näf absolvierte ursprünglich eine Lehre als Autolackierer, arbeitete dann aber während neun Jahren als Technischer Zeichner, erwarb sich dabei PC- und CAD-Kenntnisse – bis er durch den Konkurs seines Arbeitgebers 1990 arbeitslos wurde. Schon bald fand er aber eine Stelle als Kino-Operateur. Doch 1999 kündigte er, weil er «damals noch ein bisschen mehr vom Leben erwartete – eine Aufgabe, die mich fordern würde». 2000 habe er dank seinen Vorkenntnissen mit der Berufslehre als Elektrozeichner beginnen können. Seine Lehrfirma konnte ihn 2004 aber nicht weiter beschäftigen. Er ging wieder aufs RAV, bewarb sich erfolglos um Stellen, liess sich zum «Ausbildner» weiterbilden – zum Erwachsenenbildner habe es nicht gereicht, weil ihm das Geld gefehlt habe und «weil das RAV mich nicht unterstützte».

So geriet Näf in eine fatale Spirale: RAV, Bewerbungen, Absagen, Sozialhilfe – und nun die bittere Erkenntnis, dass er als über Fünfzigjähriger auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr gefragt ist. «Es dürften über 300 Bewerbungen gewesen sein», sagt er, «oft hörte ich, ich passe <nicht ins Profil> oder man habe sich anders entschieden. Hie und da lobte man meine Bewerbung. Doch das half mir natürlich nicht.» 2006 wurde er ausgesteuert – und Sozialhilfeempfänger. Durch die befristete Tätigkeit in einem Abstimmungskomitee konnte er sich aber bald wieder von der Sozialhilfe lösen. Seither versucht er mit allen Mitteln, nicht mehr auf die Sozialhilfe angewiesen zu sein, denn: «Ich traue dem Sozialamt nicht. Ich fürchte, dass man dort meine Fähigkeiten und Wünsche nicht ernst nimmt und mir möglichst schnell eine Stelle im zweiten Arbeitsmarkt vermitteln will, wo ich dann unterfordert bin.» Weil er «den Verlust an Autonomie» befürchte, verzichte er wenn möglich weiterhin auf Sozialhilfe: «Vor allem mit jüngeren Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern habe ich grösste Mühe. Sie sind oft weit von der Lebensrealität ihrer Klientinnen und Klienten entfernt.» Und viele begegneten ihnen mit Vorurteilen: «Sie haben sich ein Bild gemacht von bildungsfernen, psychisch angeschlagenen und leistungsunwilligen Menschen. Ich bin jedenfalls überzeugt: Keine meiner bisherigen Sozialarbeiterinnen hätte mir die Gründung und den Betrieb eines Internetcafés zugetraut.» Es gebe heute übrigens zu viele Sozialarbeitende: «Manchmal scheint mir, Armut müsse sein, damit all diese Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter eine Beschäftigung haben.» Solange er irgendwie ohne Sozialhilfe durchkomme, mache er deshalb einen grossen Bogen ums Sozialamt. Stattdessen fordert er «existenzsichernde Mindestlöhne für alle» und die Förderung des «gemeinnützigen Wohnungsbaus».

«Es dürften über 300 Bewerbungen gewesen sein. Oft hörte ich, ich passe <nicht ins Profil> oder man habe sich anders entschieden. Hie und da lobte man meine Bewerbung. Doch das half mir nicht.»

Thomas Näf, der eigentlich ein arbeitender Einkommensloser ist, lebt mit seiner Partnerin bescheiden. «Wir wohnen in einer Dreieinhalbzimmerwohnung für 1100 Franken im Monat. Auto haben wir keines. Ferien liegen nicht drin. Essen in einer Beiz höchst selten. Im Kino bin ich seit meiner Zeit als Kino-Operateur nie mehr gewesen.» Er sei aber nicht unglücklich: «Nein. Mir geht es gut. Die Aufgabe, die ich mir mit diesem Internetcafé geschaffen habe, erfüllt mich. Das Projekt macht mich stolz, weil ich es selbständig realisiert habe. Der Haken daran ist nur, dass ich im Moment damit nichts verdiene.»

Näfs Zukunftswünsche und Hoffnungen: «Schön wäre es, genügend finanzielle Unterstützung zu erhalten, um das <Power-Point>-Projekt weiterführen zu können – und zwar so, dass auch für mich als Geschäftsführer ein angemessenes Einkommen drin liegt.» Mit einem Lohn in der Höhe der Sozialhilfe wäre er schon zufrieden. Das Internetcafé gehöre zwar nicht ihm, sondern dem Verein: «Aber es ist mein Kind. Ich habe es aufgebaut und bin auch bereit, dafür Opfer zu bringen.»

«Jung und auf Sozialhilfe angewiesen – da denken alle sofort, man sei faul»

Ilona Gerber (20) findet keine Lehrstelle, obwohl sie sich weitherum bewirbt. Als sie Anfang 2013 zum Sozialamt musste, war das für sie «wie ein Schlag ins Gesicht».

Von den Wänden lächeln die Jungstars Luca Hänni und Jesse Ritch, daneben hängt ein Lebkuchenherz mit der Zuckerguss-Aufschrift «Träumer». Am Boden hoppelt Kaninchen Bunny munter in einem grossen Käfig. Ilona Gerbers Zimmer in der Blockwohnung, in der sie zusammen mit ihrer Mutter in der Agglomeration Bern lebt, sieht aus wie das Zimmer eines unbeschwertem Teenies. Doch die Lebenssituation der jungen Frau im Sommer 2013 ist nicht einfach. Nie hätte sie gedacht, dass sie einmal «aufs Soz» müsse: «Ich bin jung und gesund. Ich könnte arbeiten.»

Nach der Schulzeit gelang ihr jedoch der Einstieg ins Berufsleben nicht. Ein 10. Schuljahr habe sie abgebrochen, weil man sie dort zu wenig in ihrem Problemfach Mathematik unterstützt habe, erzählt Ilona. Sie hat eine Dyskalkulie, eine Lernschwäche, die das mathematische Denken betrifft. Deswegen besuchte sie ab der 4. Primarschulklasse die Kleinklasse mit spezieller Förderung. Zuerst an einer staatlichen Schule, in der 7. Klasse wechselte sie dann in die Kleinklasse einer Rudolf-Steiner-Schule. Sie habe aber nur mit dem Rechnen Mühe, sagt Ilona: «In

den anderen Fächern, vor allem in den Sprachen, bin ich gut.» Nach Abbruch des 10. Schuljahres begab sie sich auf Lehrstellensuche. Am liebsten würde sie Kosmetikerin werden, auch eine Lehre als Büroassistentin kann sie sich vorstellen.

«Nie hätte ich gedacht, dass ich einmal aufs <Soz> muss. Ich bin jung und gesund. Ich könnte arbeiten.»

Doch Ilona Gerber erhält bis heute nichts als Absagen. Dies, obwohl sie phasenweise bis zu fünf Bewerbungen pro Woche abschickte. Um das Spektrum zu

erweitern, bewarb sie sich zusätzlich um Lehrstellen im Detailhandel. Ein paar Mal konnte sie sich vorstellen und auch Schnupper-Einsätze absolvieren. Ein Lehrvertrag kam jedoch nicht zustande. Einmal sagte man ihr mit der Begründung ab, sie habe zwar gut gearbeitet, sei aber zu unauffällig und still gewesen. Das versteht sie nicht: «Wollten die denn jemanden, der quasselt statt zu arbeiten?» Sie erweiterte auch geografisch ihren Radius, bewarb sich bis nach Zürich und unterlag dann in der Ausmarchung prompt gegen Lehrstellenbewerber, die näher am Lehrbetrieb wohnten. Jetzt, da sie 20 Jahre alt geworden ist, bekommt sie bei Bewerbungen zu hören, sie sei zu alt für eine Lehre.

«Niederschmetternd» sei das, findet Ilona Gerber. Man müsse doch auf die Fähigkeiten einer Bewerberin schauen, nicht aufs Alter. Sie könne gut mit Kunden umgehen, sich in ein Team einfügen und arbeite selbständig, wenn sie einmal wisse, was sie zu tun habe. Ilona macht sich Gedanken: Hegen die Lehrbetriebe Bedenken, weil sie an eine Rudolf-Steiner-Schule ging? Für diesen Schulwechsel habe es damals einen Grund gegeben, sagt sie. Jahrelang sei sie an der staatlichen Schule von Mitschülern schlimm gemobbt worden, was ihr stark zugesetzt habe. Mit

Hilfe eines Psychologen arbeitete sie später die Mobbing-Altlast auf. Auch sonst unternahm sie einiges, «um aus eigener Kraft meinen Weg zu finden»: Sie absolvierte ein Motivationssemester für Jugendliche ohne Lehrstelle und arbeitete als Praktikantin in einer Zoohandlung, wo es ihr sehr gefiel. Gerne hätte sie dort auch eine Lehre absolviert, doch der Betrieb bilde leider keine Lehrlinge aus.

Anfang 2013 war es dann soweit: Gemeinsam mit ihrer Mutter kam Ilona Gerber zum Schluss, dass es nun nicht mehr ohne Sozialhilfe gehe und ein Antrag gestellt werden müsse. Die Mutter ist erwerbstätig, ihr Verdienst reicht aber nicht aus, um auch noch den Lebensunterhalt der erwachsenen Tochter zu bestreiten. Ilona Gerber erhält jetzt vom Sozialamt einen Anteil an die Wohnungsmiete und einen angepassten Betrag für ihren Grundbedarf, insgesamt rund 1000 Franken, je nach monatlichem Verdienst der Mutter, die selber keine Sozialhilfe bezieht. Wie knapp das Budget ist, merkt Ilona Gerber jeden Tag. Ein Handy kann sie sich nicht mehr leisten – eine kleine Katastrophe für eine Jugendliche. Mit den Kolleginnen shoppen

zu gehen, liegt nicht drin. Auch Transportkosten sind meistens zu teuer. Die Folge: Isolation droht. In letzter Zeit habe sie sich zurückgezogen, erzählt Ilona Gerber: «Ich war in einem seelischen Loch.» Sie erledige den Haushalt, koche für die Mutter, gehe mit Hund Nero spazieren. Sie versuche, den Tagen eine Struktur zu geben, «Chiller-Tage» gebe es nur selten.

Die Erkenntnis, bedürftig zu sein, war für Ilona Gerber «wie ein Schlag ins Gesicht». Sie sei zwar dankbar für die staatliche Hilfe und habe auf der Gemeinde eine «super Beraterin». Doch was andere Leute von ihr dächten, merke sie genau: «So jung und auf Sozialhilfe angewiesen – da denken alle sofort, man sei faul.» Anstatt aber die Jungen in einen Topf zu werfen, sollte man den einzelnen Menschen und seine Geschichte anschauen, wünscht sich Ilona. Sie geht jetzt zur Berufsberatung und ist für ein kantonales Beschäftigungs- und Integrationsangebot vorgesehen. Sie sucht weiterhin eine Lehrstelle, würde vorerst aber auch einen reinen Geldjob annehmen. Ihr Ziel ist es, bis Ende Jahr von der Sozialhilfe wegzukommen: «Ich will mich selber versorgen können.» Sie möchte auch reisen, nach China etwa, um das Grab des Kaisers Qin zu sehen. Und wenn sie einmal Kinder habe, sagt Ilona, möchte sie ihnen «die richtigen Werte» mitgeben. Dazu gehöre vor allem eines: «Dass man eine Ausbildung macht.»



«Wir sind dankbar, denn wir können hier in Sicherheit leben»

Die Flüchtlingsfamilie A. aus Afghanistan lebt seit 2010 im Kanton Bern. Das Ehepaar mit zwei kleinen Töchtern lernt Deutsch und will von der Fürsorge unabhängig werden.

Auf der Kommode im Wohnzimmer steht ein Gruppenfoto des Bundesrats. Herr A., ein ruhig und besonnen wirkender Mann, beginnt aufzuzählen: «Ueli Maurer, Simonetta Sommaruga, Eveline Widmer-Schlumpf ...» In einem Kurs der Informationsstelle für Ausländerinnen- und Ausländerfragen in Bern hat sich der 32-Jährige über das politische System der Schweiz informiert. «Wir wussten gar nichts von der Schweiz, bis wir hier ankamen. Aber nun wollen wir uns integrieren», sagt Frau A. (30), eine temperamentvolle Frau, die gerne lacht. Die ältere Tochter der beiden ist 10-jährig, die jüngere ist noch ein Baby, sie kam in der Schweiz zur Welt und schläft friedlich in ihrem Körbchen, während die Eltern von ihrem Flüchtlingsschicksal berichten.

Es war der 15. Januar 2010, als die Familie in Chiasso in die Schweiz einreiste. Sie war aus Herat geflüchtet, der drittgrössten Stadt Afghanistans. Warum genau, erzählt das Ehepaar aus Sicherheitsgründen nicht öffentlich. «Wir waren in Gefahr und hatten keine Wahl», sagt Frau A. nur. «Ich liebe mein Land», fügt Herr A. an, «doch ich musste fliehen.» Sicherheitsbedenken sind auch der Grund, warum das Paar in diesem Porträt lieber nicht mit vollem Namen auf-

*«Ich möchte», sagt Frau A.,
«dass die Schweiz einmal stolz
sein kann auf unsere Kinder.»*

treten möchte. In Afghanistan herrsche auch nach dem Sturz des radikalislamistischen Taliban-Regimes im Jahr 2001 «eine sehr schlimme Situation». Dies gelte vor allem für die Frauen, sagt Frau A.: «Die Frauen haben in unserem Land überhaupt keine Rechte.» Sie selber, die einst als Krankenschwester in einem grossen Spital tätig war, habe ihre Arbeit nicht mehr ausüben können. Aus Verzweiflung über Gewalt, Armut und Unterdrückung

hätten sich in Afghanistan in einem Jahr mehr als tausend Frauen selber verbrannt, weiss der Ehemann.

In der Schweiz sind die A.s vorläufig aufgenommen, mit Ausweis F. Zuerst waren sie im Durchgangszentrum der Heilsarmee in Oberdiessbach untergebracht. Heute wohnen sie, zugeteilt von den Migrationsbehörden, in einer Sozialwohnung in einer bernischen Kleinstadt. In Afghanistan brachte das Ehepaar die Familie mit einem Erwerbseinkommen durch. Herr A. arbeitete als Maurer und führte ein Team von zehn Leuten, zudem schneiderte er Hemden und Mäntel. In der Schweiz ist die vierköpfige Familie nun auf Sozialhilfe angewiesen. Für den Grundbedarf erhält sie nach eigenen Angaben monatlich 1240 Franken. Nicht viel Geld in einem teuren Land. «Wir müssen gut einteilen», sagt Herr A. Für sich habe er pro Tag zehn Franken zur Verfügung, da liege «ein Käfeli» auswärts nicht drin. Besonders unerschwinglich sind die Mobilitätskosten. Familie A. kann deshalb ihre Freunde, darunter auch Schweizer, nur selten besuchen.

Ja, in der Schweiz seien sie arm, stellt das Flüchtlingspaar fest. Trotzdem würde es den beiden nicht einfallen, sich zu beklagen. «Wir haben keine Wahl. Und wir sind sehr, sehr dankbar»,



sagt Frau A. und legt die Hand aufs Herz: «Denn das Wichtigste ist: Wir können hier in Sicherheit leben.» Noch bei der Einreise in die Schweiz habe sie vor Angst gezittert, als Polizisten in den Zug gekommen seien: «Doch sie waren freundlich und behandelten uns wie gleichwertige Menschen.» Die Schweiz sei ein Rechtsstaat, die Frauen seien gleichberechtigt, und es gebe keine Korruption. Dass Migranten, die Sozialhilfe beziehen, hierzulande auch Misstrauen entgegenschlägt, kann Frau A. verstehen. Die Schweizer hätten über Jahrhunderte ein gutes Land aufgebaut: «Nun wollen sie nicht, dass jemand kommt, der dem Land schadet.» So rasch wie möglich will das Ehepaar wieder auf eigenen Füßen stehen. Beide suchen Arbeit. Als F-Flüchtlinge dürfen sie mit Bewilligung der kantonalen Behörden erwerbstätig sein. In den vergangenen drei Jahren unternahmen sie einiges, um ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Herr A. besuchte den beruflichen Integrationskurs co-opera des Schweizerischen Arbeiterhilfswerks Bern. Zudem verrichtete er unbezahlte Einsätze als Flüchtlingsbetreuer, Reinigungskraft und Hauswart in einem Asylzentrum sowie als Hilfskraft im Caritas-Markt. Sein Traum ist es, einmal ein eigenes kleines Geschäft zu führen, einen Kiosk oder einen Gastrobetrieb.

Für seine Ehefrau kommt es unter anderem aus kulturell-religiösen Gründen nicht in Frage, wieder in der Pflege zu arbeiten. Die Muslima darf keine Männer pflegen, und in den Schweizer Pflegeinstitutionen gebe es keine geschlechtergetrennten Abteilungen. Deshalb bildet Frau A. sich nun zur Spielgruppenleiterin aus. Gerne würde sie auch als Übersetzerin wirken. Beide haben schon mehrere Deutsch-Kurse besucht und sprechen recht gut Hochdeutsch. Besonders der Wunsch, eine Aufenthaltsbewilligung mit B-Ausweis zu erhalten, motiviert die Familie, ihre wirtschaftliche Situation zu verbessern. Mit ihrem F-Ausweis sind sie im Alltag eingeschränkt. So konnte Herr A. beispielsweise keine SIM-Karte für sein Handy kaufen. In der Schweiz bleiben zu können, ist der grösste Wunsch der Familie. Besonders für ihre Mädchen gebe es hier eine Perspektive, sagt Frau A. Die 10-jährige Tochter ist bereits voll integriert. Sie spricht akzentfrei Berndeutsch, geht gerne zur Schule und will Journalistin oder Ärztin werden. «Ich möchte», sagt ihre Mutter, «dass die Schweiz einmal stolz sein kann auf unsere Kinder.»

«Sozialhilfebezüger werden stark unter Druck gesetzt»

Seit drei Jahren ist Oliver Krähenbühl (40) auf Sozialhilfe angewiesen, nun hat ihm die IV eine Rente zugesprochen. Er kommt sich «wie in einem Korsett» vor und träumt von Freiheit.

Es ist ein schöner Sommernachmittag, doch weil ihn das Sonnenlicht schmerzt, bleibt Oliver Krähenbühl in seiner kleinen Blockwohnung und dunkelt die geschlossenen Fenster ab. In der Wohnung sieht es ein wenig aus wie in einer Werkstatt. Krähenbühl ist handwerklich geschickt und fertigt manchmal etwas an. Sein Logis in einer Berner Vorortsgemeinde verlässt er nur

noch selten. Zum Gehen benötigt er eine Krücke. «Dabei bin ich erst 40», sagt der alleinstehende Mann und stöhnt. Am Esstisch sitzend, erzählt er seine Geschichte. Mal laut und aufgebracht, dann wieder leise und stockend. Im Radio singt die Sängerin Shania Twain von «Lots of money and things» – viel Geld und viele Sachen. Doch Oliver Krähenbühl hat weder Geld noch Besitz. Er bezog bisher Sozialhilfe, kürzlich hat ihm nun die Invalidenversicherung eine Rente zugesprochen.

Er sei für sein eigenes Leben immer ein wenig planlos gewesen, stellt Krähenbühl fest: «Ich machte, was die anderen von mir verlangten.» So habe er versucht, Anerkennung und Liebe zu finden. Doch schon bei seinen Eltern sei ihm dies misslungen: «Sie sahen immer nur meine Fehler.» Krähenbühl, aufgewachsen im Stadtberner Arbeiterquartier Bümpliz, nennt es im Rückblick «emotionalen Missbrauch». Das Thema wühlt ihn auf. Nach einer Malerlehre folgte ein unstetes Berufsleben. Er hatte Temporärjobs auf dem Bau, packte bei der Post, den SBB, einem Grossverteiler und in einer Druckerei mit an. Auch als Produkte-Verkäufer und Taxifahrer



versuchte er es. Doch dazwischen gab es immer wieder Phasen von Arbeitslosigkeit, und er häufte Schulden an. Nach einem Unfall am Knie kamen gesundheitliche Probleme dazu, später ein Klinikaufenthalt und die psychiatrische Diagnose ADHS (Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätsstörung). ADHS kann es auch bei Erwachsenen geben. Das habe im Nachhinein einige seiner Schwierigkeiten am Arbeitsplatz erklärt, sagt Krähenbühl, aber auch seinen Leistungswillen: «Ich kann gar nicht faul sein. Ich bin hyperaktiv.»

2010 geriet er – erwerbslos, auf Stellensuche und in ärztlicher Behandlung – an seine Grenzen: «Ich hetzte von Termin zu Termin und kam doch auf keinen grünen Zweig.» Mitte 2010 musste er schliesslich aufs Sozialamt. Seine Kontakte mit den Sozialbehörden verliefen seither ziemlich konfliktgeladen. Oliver Krähenbühl richtet verschiedene Vorwürfe an sie und hat sich auch schon beim Statthalter beschwert. «Ich werde geplagt und hintendurch als Simulant hingestellt.» Besonders stört ihn, dass die Gemeinde Sozialinspektoren einsetzen darf. Krähenbühl glaubt, dass er bespitzelt wird.

Die Behörden gäben zu wenig Einsicht in ihre Akten, bemängelt er. Im Sozialwesen herrsche kaum Transparenz, und das Sozialamt werde nicht genügend beaufsichtigt. Zu den Ärzten sowie zu den Kranken- und Unfallversicherungen hat Oliver Krähenbühl das Vertrauen ebenfalls verloren. Er ist überzeugt: Wenn man ihn nach seiner Knie-Verletzung richtig behandelt hätte, wäre er nicht fürsorgeabhängig geworden. Dass er so schlecht gehen könne, habe körperliche Gründe. Nicht psychische, wie man ihm weismachen wolle: «Aber wie soll ein Mittelloser wie ich das beweisen?»

Er sei wütend, ja traumatisiert, sagt Krähenbühl: «Anstatt dass man die Sozialhilfebezüger in ihren positiven Antriebskräften unterstützt, werden sie stark unter Druck gesetzt.» Mit Druck könne er aber schlecht umgehen. Unter Druck verschliesse er sich. Auf einem Blatt Papier zeichnet Krähenbühl seine Situation, wie er sie sieht. Mittendrin er selber als kleiner Kreis, rundherum vier grosse Kreise: Sozialbehörden. Versicherungen. Ärzte. Politiker. Von den Politikern erwartet er nicht viel: «Die reden nur hin und her.» Was er wolle, sei Gerechtigkeit, und zwar für alle Betroffenen: «Aber niemand hilft mir.» Eigentlich suche er Harmonie, nicht Krieg, versichert Krähenbühl: «Ich will es allen recht machen.» Um nicht anzuecken, lebt er sehr zurückgezogen. Einmal wöchentlich kommt die Spitex vorbei. Zur Stärkung der Muskeln absolviert Krähenbühl ein Krafttraining. Er hofft, die gesundheitlichen Probleme doch noch einmal in den Griff zu bekommen: «Ich will raus aus dieser Situation und zurück in die Arbeitswelt.» Einziger Luxus in seinem Alltag ist ein Schokoladenkuchen, den er sich von Zeit zu Zeit selber bäckt. Jeden Tag liest er in der Bibel. Vom Esstisch aus beobachtet er die Vögel draussen. Letzten Winter hat er für sie ein Vogelhäuschen gezimmert und sorgsam mit Heu ausgekleidet.

«Ich will raus aus dieser Situation. Aber niemand hilft mir. Ich werde geplagt und hintendurch als Simulant hingestellt.»

Als Sozialhilfebezüger fühlt Oliver Krähenbühl sich «wie in einem Korsett». Dieses möchte er abstreifen und wieder mehr Freiheiten haben. Manchmal stellt er sich vor, er könnte ein Billardcenter eröffnen. Oder als Selbstversorger einen Bauernhof bewirtschaften und Erwerbslosen dort Jobs verschaffen. Am liebsten würde er ganz normal leben. Von Montag bis Freitag einer Arbeit nachgehen. Einen Hund haben, als Gefährten. Einen Internetanschluss. Sich wieder einmal etwas leisten können. Zum Beispiel ein Sofa, bei dem nicht die Sprungfedern hervorschauen. Und ein Auto. Und damit in die Ferien fahren. Wann war er das letzte Mal in den Ferien? Krähenbühl seufzt und nimmt einen tiefen Zug von seiner Zigarette: «Das war 1995. Auf Gran Canaria.»

«Wer nicht ins System passt, fliegt raus und findet nicht mehr zurück»

Seit sieben Jahren bezieht Henriette Kläy eine IV-Rente. Sie hätte gerne weitergearbeitet, doch es gebe keine Jobs mehr für Menschen, die nicht voll leistungsfähig seien, stellt die 62-Jährige fest.

«Soll ich fürs Foto weinen?», fragt Henriette Kläy den Fotografen und lacht. Die Frau hat Humor – Galgenhumor: «Ohne diesen wäre ich schon lange tot.» In ihrer Wohnung in Köniz herrscht Zügelstimmung. Katze Nuri tappt vorsichtig zwischen Bananenkisten umher. Ihre Besitzerin muss wieder einmal umziehen. Es ist das vierte Mal in viereinhalb Jahren. Meistens wurden die Wohnungen renoviert, und die IV-Rentnerin konnte sich danach den erhöhten Mietzins nicht mehr leisten. «Die Leute denken, eine IV-Rente sei der Himmel auf Erden», sagt Henriette Kläy. Doch die 1600 Franken, die sie als Rente erhält, reichen nicht weit. Ohne Ergänzungsleistungen ginge es nicht.

Und auch so muss Henriette Kläy sich im Alltag stark einschränken. Weil sie selber nicht besonders gut mit Geld umgehen kann, wie sie freimütig einräumt, lässt sie sich von einem Beistand wöchentlich 200 Franken zuteilen. Mit diesem Geld hat sie alles abzudecken, vom

«Die Leute denken, eine IV-Rente sei der Himmel auf Erden», sagt Henriette Kläy. Doch die 1600 Franken, die sie als Rente erhält, reichen nicht weit.

Grundbedarf für den Lebensunterhalt bis zum Begleichen von Rechnungen, die sich angesammelt haben. Gespart wird auch beim Essen. Sie kauft sich vor allem Brot und Gemüse. Fleisch und Käse kommen ihr nicht ins Haus: «Aber nicht etwa aus ideologischen Gründen», wie sie klarstellt. Fleisch und Käse seien schlicht zu teuer. Manchmal isst sie auch bei ihren betagten Eltern, die sie in deren Zuhause betreut. Dann teilen sich die drei Personen die Altersmahlzeiten der Eltern.

Kleider kauft sie im Ausverkauf oder im Second-Hand-Shop. Die günstigen Stücke kombiniert sie geschickt. Ein gepflegtes Äusseres ist ihr wichtig. Mit leerem Portemonnaie in die Stadt zu gehen, sei für sie mittlerweile «wie ein Naturzustand», sagt Henriette Kläy, die im Berner Länggasse-Quartier als Gewerblertochter aufgewachsen ist. Am Anfang habe ihr die Mittellosigkeit noch Angst gemacht, doch inzwischen sei es normal. In Bern kennt sie jede Toilette, die man gratis benutzen kann. Wohlmeinende raten ihr, sich an Dingen zu erfreuen, die nichts kosten, wie etwa den Blumen am Wegrand. Das sei gut und recht: «Doch es gibt Tage, da sind mir diese Blumen piepegal.» An solchen Tagen findet sie es besonders schwierig, den Leuten sagen zu müssen, sie könne nur Kaffee trinken kommen, wenn sie nicht selber bezahlen müsse.

Die Ausgrenzung von Armutsbetroffenen geschehe in der reichen Schweiz auf subtile Art, analysiert Henriette Kläy. Die Leute redeten viel von ihren Ferien, von ihrem Zweitauto: «Und plötzlich merkt man, dass man gar nicht mehr mitreden kann.» Um sich wenigstens für einen kurzen Moment ebenbürtig zu fühlen, kauft sie manchmal etwas, obwohl sie es sich gar nicht leisten kann. Was sie schwer trifft, ist die politische Diffamierung der Armutsbetroffenen, die sie wahrnimmt. «Geschürt von der SVP, ist in der Bevölkerung die Meinung weit verbreitet, wir seien

zu faul zum Arbeiten.» Wenn sie das hört, packt Henriette Kläy die nackte Wut: «Ich würde mich noch so gerne hundertprozentig einsetzen!» Als gelernte Handweberin und nach Absolvieren einer Bürolehre suchte sie jedoch jahrelang vergeblich einen qualifizierten Job, den sie trotz ihrer wiederkehrenden Depressionen und trotz ihrem Aufmerksamkeitsdefizit-Syndrom erfüllen konnte. Solche Stellen gebe es in der durchrationalisierten Wirtschaftswelt nicht mehr: «Wer nicht in dieses System passt, fliegt raus und findet nicht mehr zurück.» Zwar probierte sie ihr Glück auch noch in der Tourismusbranche auf Sardinien. Doch 2006, als sie 55 Jahre alt war, habe ihr ein IV-Psychiater eröffnet, sie könne es vergessen mit der Erwerbsarbeit: Sie rentiere nicht mehr, und die IV fahre günstiger, wenn sie ihr eine Vollrente zuspreche. «Und dann wirft man uns vor, wir seien Sozialschmarotzer!», ärgert sich Henriette Kläy.

In den vergangenen Jahren habe sich der Druck verstärkt, sagt die IV-Rentnerin. So müssten im Kanton Bern die Sozialhilfebezüger jetzt eine Generalvollmacht unterschreiben, damit die Sozialdienste Auskünfte über sie einholen können. «Für Leute wie mich», bilanziert sie bitter, «gelten die Persönlichkeitsrechte nicht mehr.» Weil auch die SP dem so überarbeiteten Sozialhilfegesetz im Grossen Rat zustimmte, trat Henriette Kläy unter Protest aus der Partei aus. Sie kämpfte zudem gegen die Kürzung der Sozialleistungen, wie sie der Könizer Sozialvorsteher als SVP-Grossrat im Kantonsparlament forderte. Sie schreibt für den sozialkritischen Mediendienst «Hälfte» und ist Mitarbeiterin in einem Gemeinschaftszentrum, beides ehrenamtlich.

Manchmal wird ihr aber, bedingt durch ihre Krankheit, alles zu viel. Dann fühlt Henriette Kläy sich klein und nichtig. Dann ist sie zu erschöpft fürs Engagement und allein schon vom Alltag überfordert. Mehrmals musste sie sich auch schon stationär behandeln lassen. Am liebsten möchte sie «einen Filzmantel mit grossen Taschen anziehen und von der Bildfläche verschwinden, um der Enge der Situation zu entkommen». Doch vorerst zügelt sie nun aufs Land. Vielleicht gelinge es ihr dort, fernab vom «atemlosen Rummel in der überfüllten Stadt», die künstlerisch-kreativen Projekte zu realisieren, die sie schon lange plane: «Ich fange wieder von vorne an – zum hunderttausendsten Mal.»



«Niemand an diesem Tisch ist ein Sozialschmarotzer»

Gegen Vorurteile, für Lösungen: Regierungsrat Philippe Perrenoud und vier Grossrätinnen aus Parteien von links bis rechts diskutierten mit Armutsbetroffenen aus dem Kanton Bern.

«Ich bin zu diesem Treffen gekommen, um zu zeigen, dass wir nicht alle faul sind.»

Henriette Kläy, IV-Rentnerin

Henriette Kläy, Oliver Krähenbühl, Attila Diamand, die Familie A. aus Afghanistan, Thomas Näf und Ilona Gerber: Diese neun Frauen, Männer und Kinder im Alter von zwei Monaten bis 62 Jahren gehören zu den gut 75 000 Menschen im Kanton Bern, die entweder arm oder von Armut bedroht sind. Wegen Krankheit, Erwerbslosigkeit oder als Flüchtlinge sind sie gegenwärtig nicht in der Lage, ihren Lebensunterhalt aus eigener Arbeitskraft zu bestreiten. Sie sind auf Unterstützung durch den Sozialstaat angewiesen. Zweifellos: Niemand von ihnen muss hungern. Doch als «relativ Armer» in einem wohlhabenden Land sei man eben doch in vielen Belangen «unterversorgt», wie es der frühere Elektrozeichner Thomas Näf ausdrückt: beim Wohnen und beim Wohnumfeld, bei der Gesundheit, bei der Bildung sowie im Kultur- und Freizeitbereich. Die prekäre Lebensrealität von Näf und den anderen Betroffenen zeigt es: Das vor fünf Jahren geäusserte Ziel, die Armut im Kanton Bern innerhalb von zehn Jahren zu halbieren, ist hoch gesteckt. Gerade auch in Zeiten, da die öffentliche Hand unter Spardruck steht. «Bei der Armutsbekämpfung ist der Weg noch weit», stellt der bernische Gesundheits- und Fürsorgedirektor Philippe Perrenoud (SP) fest, als er im Vorfeld des Sozialgipfels 2013 sechs der Armutsbetroffenen in Bern zu einem Dialog trifft.

Bereits zum dritten Mal seit 2008 organisiert die Gesundheits- und Fürsorgedirektion einen solchen Austausch mit Betroffenen. Anwesend sind auch die Grossrätinnen Elisabeth Schwarz-Sommer (SVP), Anita Herren-Brauen (BDP), Andrea Lüthi (SP) und Christine Häsler (Grüne). Alles Frauen. Und alles Politikerinnen, die die sozialpolitischen Dossiers bestens kennen. Als Mitglieder des Kantonsparlaments sind sie an Entscheiden beteiligt, die ganz direkte Auswirkungen auf das Leben von Sozialhilfebezügern haben. Daran werden sie nun von Henriette Kläy erinnert. Die 62-jährige frühere Sekretärin empfindet die Politik zuweilen als «anonyme Macht» über





sich, wie sie den Parlamentarierinnen sagt. Als Langzeitarbeitslose bezog auch sie einst Sozialhilfe, mit 55 Jahren sprach ihr die IV wegen psychisch-gesundheitlicher Probleme eine Rente zu. Henriette Kläy erzählt den Politikerinnen, wie es ist, «in ewiger Angst» zu leben, «dass alles noch schlimmer wird». Deutlich wird auch der 52-jährige Thomas Näf: Die Halbzeitbilanz beim Ziel, im Kanton Bern die Armut zu halbieren, bezeichnet er als «vernichtend». Näf fand ebenfalls keine Stelle mehr, er wurde ausgesteuert und betreibt nun ehrenamtlich ein Internetcafé für Arbeitslose und Armutsbetroffene.

Sozialhilfebezüger Oliver Krähenbühl liegt angesichts der Behördendelegation «so viel auf dem Magen», dass er fast nicht weiss, wo er anfangen soll. Zudem sei er nicht unbedingt in der Position, von Politikern etwas zu fordern, findet er. «Doch nur daheim im Dunkeln zu weinen, bringt ja auch nichts.» Also versucht der gesundheitlich angeschlagene 40-Jährige der Runde zu erklären, warum es mit ihm soweit gekommen ist und warum er das Vertrauen in die Behörden komplett verloren hat. Auch der 52-jährige Attila Diamand nutzt die Gelegenheit. Der mehrsprachige Sozialhilfebezüger schildert dem Regierungsrat und den Grossrätinnen seine bisher vergeblichen Bemühungen, in seinem Alter einen Job zu finden. Als heimgekehrter Auslandschweizer äussert er zudem Sorge um den Zusammenhalt des Landes: «Es schadet der Schweiz, wenn sich die Schere zwischen Arm und Reich öffnet.» Mit weniger Geld als die Schweizer Sozialhilfebezüger am Tisch muss die Flüchtlingsfamilie A. auskommen. Sie war in Afghanistan in Gefahr, floh 2010 in die Schweiz und wurde von den Behörden im Kanton Bern untergebracht. Vorläufig aufgenommen, erhalten das Ehepaar A. und seine beiden kleinen Töchter monatlich rund 1200 Franken für den Grundbedarf. Die

«Um Missbrauch zu bekämpfen, muss die Politik manchmal Massnahmen umsetzen, die Sie hier am Tisch eigentlich nicht betreffen.»

Anita Herren-Brauen, Grossrätin (BDP)



finanzielle Unterstützung der Familie folgt den Migrationsbestimmungen. «Wir beschweren uns nicht», sagt Herr A. «Wir sind dankbar», sagt Frau A. Die beiden möchten arbeiten, sich integrieren, von der Sozialhilfe unabhängig werden. «Doch es ist schwer, mit F-Ausweis und ohne Berufsdiplom», erzählt Herr A. Er bewirbt sich überall, aktuell gerade als Nachtportier. Obwohl es Ausländerinnen und Ausländern mit F-Ausweis erlaubt ist zu arbeiten, hätten «die Chefs» leider vielerorts Bedenken.

Die Politikerinnen und Politiker hören zu, stellen Fragen: Wie hat es das Ehepaar A. geschafft, nach kurzer Zeit schon so gut Deutsch zu sprechen? Lässt Henriette Kläy sich von einem Sozialdienst beraten? Ist ein familiäres Umfeld da, das Schwierigkeiten auffangen hilft? Kann sich Oliver Krähenbühl mit der IV-Rente von der Sozialhilfe lösen? Welcher Lohn wäre angemessen, um

«Der Grosse Rat hat Entscheide gefällt, die die Stigmatisierung sämtlicher Armutsbetroffener noch verschärfen.»

Thomas Näf, Armutsbetroffener

Thomas Näf für die Arbeit zu entschädigen, die er jetzt gratis und franko leistet? Und ganz generell: Wie kann die Politik den Anwesenden helfen? So sehr sich ihre politischen Rezepte unterscheiden – von der Offenheit der Armutsbetroffenen am Tisch zeigen sich die Parlamentarierinnen über die Parteigrenzen hinweg beeindruckt. «Es braucht Mut, hier herzukommen und so offen zu reden», anerkennt Grossrätin Christine Häsler, Fraktionspräsidentin der Grünen. Verständnis für die persönliche Situation der Betroffenen äussert auch SVP-Grossrätin und Bäuerin Elisabeth Schwarz-Sommer, deren Partei sich die Missbrauchsbekämpfung im Sozialwesen auf die Fahnen geschrieben hat: «Ich bin sozial veranlagt.» Als Gemeinderätin und Vorsteherin des Sozialdepartementes in Steffisburg bei Thun kennt Elisabeth Schwarz-Sommer ähnliche Geschichten, wie sie hier erzählt werden.

An dem eineinhalbstündigen Dialogtreffen kristallisieren sich mehrere Anliegen der Armutsbetroffenen heraus. Bessere Unterstützung durch die Sozialdienste in den Gemeinden zum Beispiel. Dass diese die Armut nicht nur verwalten, überwachen und kontrollieren, sondern den Leuten wirklich helfen, davon wegzukommen, etwa durch Weiterbildung. Bezahlbare Wohnungen. Existenzsichernde Löhne. Arbeitsstellen für Ältere. Und immer wieder: das Leiden am Generalverdacht, unter dem Sozialhilfebezüger und IV-Rentner heute stehen. «Ich bin zu diesem Treffen gekommen, um zu zeigen, dass wir nicht alle faul sind», unterstreicht Henriette Kläy. «Hunderttausende Schweizer sind arm. Wir sind doch nicht alles Sozialschmarotzer», fügt Attila Diamand an. Er selber sei nicht immer mittellos gewesen. Früher, als Selbständiger, habe er gut verdient. SP-Grossrätin Andrea Lüthi, die mit einem Vorstoss im Kantonsparlament einen Massnahmenplan zur Bekämpfung von Armut bewirkt hat, nimmt den Faden auf. In der Öffentlichkeit





werde oft ein Klischee von renitenten, arbeitsscheuen Sozialhilfebezügern gezeichnet. «Doch niemand an diesem Tisch entspricht dem negativen Klischee.» Und die anwesenden Politikerinnen seien als Adressatinnen eigentlich «die Falschen», da sie zu differenzieren wüssten. «Erzählen Sie deshalb Ihre Geschichten vor allem auch jenen, die sie nicht hören wollen», ermuntert die ausgebildete Sozialarbeiterin und Grossrätin Andrea Lüthi die Armutsbetroffenen.

Und doch: BDP-Grossrätin Anita Herren-Brauen verweist darauf, dass es Leute gebe, die das Sozialsystem missbräuchten. Es seien diese Leute, die den wirklich Bedürftigen das Leben schwer machten. Um den Missbrauch zu bekämpfen, müsse die Politik manchmal Massnahmen umsetzen, «die Sie hier am Tisch eigentlich gar nicht betreffen», versichert die Grossrätin den Anwesenden. Verständnisvolle Politikerinnen vor untadeligen Armutsbetroffenen: So viel Harmonie kommt Thomas Näf dann doch ein wenig verdächtig vor. Unter dem Titel der Missbrauchsbekämpfung habe der Grosse Rat in jüngster Zeit gleich mehrere Entscheide gefällt, die die Stigmatisierung sämtlicher Armutsbetroffener im Kanton Bern markant verschärft hätten, stellt der Präsident des Komitees der Arbeitslosen und Armutsbetroffenen (KABBA) fest. Als Beispiele nennt er die faktische Aufhebung des Datenschutzes für Sozialhilfeempfänger und die drohende Kürzung von Sozialleistungen. Dabei schlage den Ärmern in der reichen Schweiz bereits genug Ablehnung entgegen, «häufig sogar Hass», warnt Näf. Regierungsrat Philippe Perrenoud hat für das Phänomen der Ablehnung eine mögliche Erklärung parat: Armut und Mittellosigkeit würden hierzulande eben gerne ausgeblendet, weil sie das schöne Bild störten. Der bernische Fürsorge- und Gesundheitsdirektor verspricht den sechs Armutsbetroffenen am Dialogtreffen: «Das Thema wird auf der politischen Agenda bleiben.»

«Erzählen Sie als Armutsbetroffene Ihre Geschichte besonders auch jenen, die sie nicht hören wollen.»

Andrea Lüthi, Grossrätin (SP)

Impressum

Herausgeberin: Gesundheits- und Fürsorgedirektion des Kantons Bern

Text: Susanne Wenger, Walter Däpp

Bild: Hansueli Trachsel

Gestaltung und Layout: Verena Berger, Atelier Bläuer

